Protokoll

der 2. Sitzung des 66. Studierendenparlaments

Präsidium des Studierendenparlaments
66. Legislaturperiode

Soenke Janssen (Präsident)
Valentina Sauer (Stv. Präsidentin)
Mette Wagner (Stv. Präsidentin)

c/o AStA der Universität Münster,
Schlossplatz 1, 48149 Münster

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Münster, den 26. August 2023

Die 2. Sitzung des 66. Studierendenparlaments der Universität Münster fand am 31. Juli 2023 um 18 Uhr c.t. als ordentliche Sitzung in Hörsaal S1 (Schloss) statt und wurde von Soenke Janssen (Präsident) geleitet.

Das vorliegende Protokoll wurde von Jessica Best verfasst.

Tagesordnung

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit....1
TOP 2 Annahme von Dringlichkeitsanträgen....1
I. 1. Nachtragshaushaltsplan 2023....1
II. Gegen eine Ausspielung von Rassismus und Antisemitismus....1
TOP 3 Feststellung der Tagesordnung....5
TOP 4 Aufnahme von Hochschulgruppen....5
I. Akademische Verbindung Cheruscia Münster im CV....5
II. GeoUrbanum....8
TOP 5 Finanzanträge aus dem Haushaltsausschuss....8
I. Vernetzungstreffen Kritische Medizin....8
II. Radverleih für Studierende....13
III. 1. Nachtragshaushaltsplan 2023....16
TOP 6 Bestätigung autonomer Referent*innen....16
TOP 7 Wahl der Senatsbeauftragung....17
TOP 8 Bestätigung eines nicht-autonomen Referenten....17
TOP 9 Einspruch gegen die Wahl zum 66. Studierendenparlament....19
TOP 10 Beschluss gegen jeden Antisemitismus....22

Anwesenheitsliste

der Mitglieder des Studierendenparlaments

	CampusGrün	Von	Bis
1	Lisa-Nicole Bücker	18:22	21:30
2	Patricia Rickert	18:22	21:30
3	Celina Lea Boss	18:22	21:30
4	Shari Langner	18:22	21:30
5	Soenke Janssen	18:22	21:30
6	Felix Mehls	18:22	21:30
7	Deborah Aimionowane	18:22	21:30
8	Markus Schieferdecker	18:22	21:30
9	Christopher Margraf	18:22	21:30
10	Jonas Gromzik	18:22	21:30
11	Niklas Padberg	18:22	21:30
12	Nicolas Stursberg	18:22	21:30
13	Maik Blomberg	18:22	21:30
14	Felix Heilemann	–	–

	LHG		
1	Valentina Sauer	18:22	21:30
2	Marius Diekmann	18:22	21:30
3	Marco Skala	–	–
4	Markus Leitschuh	18:22	21:30
5	Ali Lubna	–	–

	RCDS	Von	Bis
1	Mette Wagner	18:22	21:30
2	Finn Hölter	18:22	21:30
3	Jonas Pape-Petrulat	18:22	21:30
4	Augustinus Künzel	18:22	21:30

	Juso-HSG		
1	Maurice Schiller	18:22	21:30
2	Antonia Miersch	18:22	21:30
3	Marina Romić	18:22	21:30
4	Madita Fester	18:22	21:30

	Sozialistische Liste		
1	Juli Sommer	18:22	21:30
2	Laura Höh	18:22	21:30

	DIE LISTE		
1	Frederic Barlag	18:22	21:30

	DIL		
1	Amir Alhalis	–	–

CG CampusGrün
LISTE Die LISTE
RCDS Ring Christlich-Demokratische Studenten
Juso-HSG Juso-Hochschulgruppe
DIL Demokratische Internationale Liste
LHG Liberale Hochschulgruppe
SL Sozialistische Liste

Alle Abstimmungsergebnisse ohne weitere Kennzeichnung erfolgen in der Form: (Ja-Stimmen/Enthaltung/Nein-Stimmen).

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Soenke Janssen (Präsident) begrüßt die Anwesenden um 18:22 Uhr. Es sind 27 von 31 Parlamentarier:innen anwesend (die Anwesenheit ist der obigen Tabelle zu entnehmen). Das Studierendenparlament ist somit beschlussfähig.

TOP 2 Annahme von Dringlichkeitsanträgen

I. 1. Nachtragshaushaltsplan 2023

Stellungnahme des Haushaltsausschusses zum Nachtragshaushalt nach §17 Abs. 1

*Sehr geehrte Parlamentarier*innen,*

Der Haushaltsausschuss ist mit dem Nachtragshaushalt grundsätzlich zufrieden und erachtet die Veränderungen als sinnvoll und realistisch.

Wir möchten die besondere Situation der verspäteten Beitragszahlungen hervorheben, die eine Notwendigkeit für viele Anpassungen hervorgerufen hat und nicht in der Arbeit des Finanzreferats begründet sind.

Die Erhöhung des Titels für den Haushaltsauschuss, trotz eines angemessenen Haushaltens desselbigen, liegt in der nach-Corona-Situation und der anhaltenden Inflation begründet.

Die Fachschaftshaushalte wurden aktualisiert und an die reale Situation angepasst. Wir begrüßen das Haushalten nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit, sodass mit positivem Überschuss im nächsten Haushaltsjahr gerechnet werden kann.

Der Haushaltsauschuss empfiehlt die Annahme des Nachtragshaushaltes an das Studierendenparlament (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

Mit freundlichen Grüßen
Jonas Pape-Petrulat und Lisa-Nicole Bücker
Vorsitzende des Haushaltsausschusses

Nicolas Stursberg (AStA-Finanzreferat) begründet die Dringlichkeit.

Abstimmungsgegenstand: Dringlichkeit des 1. Nachtragshaushaltsplan 2023
Abstimmungsergebnis: (26/0/0) – Damit ist die Dringlichkeit festgestellt.

II. Gegen eine Ausspielung von Rassismus und Antisemitismus

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. *Das Studierendenparlament setzt sich gegen jegliche Form des Rassismus ein und solidarisiert sich mit von anti-palästinensischem und antimuslimischem Rassismus betroffenen Menschen.*

2. *Das Studierendenparlament setzt sich für einen Kampf gegen Antisemitismus und gegen eine Ausspielung von Unterdrückungsformen gegeneinander ein. Der AStA intensiviert seine Bemühungen daraufhin, dass jüdische und muslimische Menschen weder auf dem Campus noch außerhalb gefährdet sein dürfen und vollzieht den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gemeinsam. Das beinhaltet auch die Bemühungen gegenüber der Universitätsleitung und weiteren Kooperationspartner*innen, die Kriminalisierung von palästinensischen Stimmen zu unterbinden und gleichzeitig entschieden gegen Antisemitismus vorzugehen. Ansatzpunkte sind normalisierter Antisemitismus bspw. in Burschenschaften und im unkritischen positiven Bezug auf historische Figuren wie dem ehemaligen Namensgeber der Uni, Wilhelm II. Des Weiteren sollte gerade an der Uni die Verwurzelung des Antisemitismus in deutscher Kultur und Philosophie sichtbar gemacht werden.*

Begründung:
In den vergangenen Jahren wurde im Studierendenparlament mehrmals ein Beschluss gefasst, der meist Titel wie „Gegen jeden Antisemitismus“ oder ähnliches trug, aber selbst von den Antragsstellenden, meist salopp als „BDS Antrag“ bezeichnet wurde. Zunächst ist diese Irreführende Betitlung zu kritisieren. Alle diese Anträge beziehen sich fast ausschließlich auf den Boykott Israels. Warum dieser nicht zwingend antisemitisch ist soll im Folgenden erläutert werden, aber zunächst muss ganz scharf kritisiert werden, dass Antisemitismus aus anderen Bereichen konsequent verschwiegen wird. Wie bereits in den Forderungen erwähnt, ist es ein offenes Geheimnis, dass in Burschenschaften, auch in Münster, nicht nur historisch, sondern auch aktuell Antisemitismus sowie auch Rassismus und Sexismus stark praktiziert werden. Beispielhaft sei hier der Vorfall angeführt, bei dem aus dem Verbindungshaus des münsterschen Wingolf das Lied „SA im Feindesland“ zu hören war.

Des Weiteren ist die Begründung der Kontinuität und der Verweis (nicht bindender) Beschlüsse anderer Politischer Organe unzureichend. Den aktuell vorliegenden Anträgen fehlt eine politische Analyse gänzlich.

Ein historischer Abriss des sogenannten Nah-Ost-Konflikts
Nach dem Ende des Osmanischen Reichs im Zuge des Ersten Weltkriegs bestätigte der Völkerbund Palästina im Jahr 1922 als britisches Mandatsgebiet. Diese Mandatsherrschaft hielt bis 1947 an und umfasste das, was heute Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete sind.

Im Jahr 1947 empfahlen die Vereinten Nationen die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat (55 % des Territoriums) und einen arabischen Staat (45 % des Territoriums), wobei Jerusalem und Umgebung unter internationale Verwaltung gestellt werden sollten. Damals waren etwa 30 % der Bevölkerung jüdisch und ca. 70 % palästinensisch. Sowohl die palästinensische Führung als auch arabische Staaten stellten sich gegen das Vorhaben.

*Tausende Palästinenser*innen sowie Jüdinnen und Juden wurden während des Konflikts von 1947 bis 1949 und im Zuge der Ausrufung des Staates Israel im Mai 1948 durch Angriffe auf Zivilpersonen getötet, und mehr als 800.000 Palästinenser*innen wurden aus ihren Heimatorten*

*vertrieben. Unter Palästinenser*innen ist dieses Ereignis als El Nakba (die Katastrophe) bekannt. Viele Menschen wurden aus ihren Dörfern und Städten vertrieben und flohen in andere Teile des Landes, das letztlich der Staat Israel wurde. Andere flohen in verschiedene Gegenden des Mandatsgebiets Palästina (wovon 22 % nach dem Konflikt unter die Kontrolle von Jordanien oder Ägypten kamen). Von den übrigen Menschen flohen die meisten nach Jordanien, Syrien oder in den Libanon.*

Seither hindert Israel die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie Binnenvertriebene innerhalb Israels daran, in ihre Heimatorte zurückzukehren.

*Palästinenser*innen, die in von Israel besetzten Gebieten wie dem Gazastreifen, dem Westjordanland, den Golanhöhen oder Ostjerusalem, oder auch in Israel mit israelischer Staatsbürgerschaft leben, werden durch eine Vielzahl von diskriminierenden Gesetzen und Praktiken, die fortwährenden Enteignungen und Vertreibungen, und die regelmäßige Gewalt durch Siedler*innen, Armee und Polizei unterdrückt und von politischer Teilhabe und Organisation abgehalten. Nach internationalem Recht und einer Vielzahl menschenrechtlicher Organisationen verübt Israel Apartheid gegen Palästinenser*innen.*

Das Problem mit der „Arbeitsdefinition Antisemitismus" der IHRA

Die IHRA Definition von Antisemitismus ist ein weitverbreitetes Instrument für die notwendige Erfassung und Bekämpfung von Antisemitismus. Die Definition verspricht eine begriffliche Festigkeit und gab für ihre Zeit eine notwendige Aktualisierung der Debatte.

Betrachtet man die Definition genauer, so fällt auf, dass sie einige antisemitische Phänomene und Analyseebenen hervorhebt, dabei aber andere, wesentliche, sehr weitgehend ausspart. Dies gilt insbesondere für ideologische und diskursive Aspekte, beispielsweise den Antisemitismus als verschwörungstheoretisches Weltbild. Zudem können manche israelbezogenene Beispiele, die der Kerndefinition hinzugefügt sind, nur mithilfe weiterer Informationen über den Kontext als antisemitisch klassifiziert werden, da das Beschriebene mehrdeutig ist. In der Definition liegen vor allem im Bezug auf Israel keine Kriterien vor, die eine antisemitischen Fokussierung auf den Staat von einer unterschieden, die auf die politischen Handlungen und die weltpolitische Bedeutung Israels zurückzuführen ist.

*Die Definition an sich ist sehr vage gehalten. Dies kann an sich sinnvoll sein, da antisemitische Weltbilder und Taten sehr viel umfassend sind. Zum Beispiel ist es wichtig zu erwähnen, dass Antisemitismus auch nicht Jüd*innen treffen kann. Beispielweise aufgrund stereotypisch jüdischer Charakteristiken und Praktiken. Durch die Vagheit der Definition steigt aber die Bedeutung der Beispiele, auch wenn diese durch Formulierungen wie „kann" in einem ähnlichen Stil verfasst sind.*

7 der 11 Beispiele beziehen sich auf den Staat Israel. Dadurch wird eine Gewichtung gesetzt. Es macht also einen Unterschied ob man sich auf die Definition allein, oder auch auf die Beispiele bezieht. Einige der Beispiele lassen sich ohne weiteren Kontext als Antisemitismus einordnen, andere erfordern weitere Informationen. Antinationalistische Kritik, an einer Nationalbewegung, oder säkulare, auf das Konzept eines religiösen Staates bezogene Kritik wird nicht klar von antisemitischer abgegrenzt. In der Einleitung findet sich zwar folgender Satz: „ Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden" es wird allerdings nicht genauer ausgeführt, was damit gemeint ist. Eine Kritik an

welchen anderen Ländern, und von wem? Und fallen alle Kritiken, die sich auf Umstände und Praktiken beziehen, die spezifisch in Israel vorherrschen, so unter diese Definition?

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Hauptproblem der Definition ihre Vagheit und Gewichtung ist. Diese macht sie offen für politische Instrumentalisierung wie die pauschale Darstellung von zivilem Widerstand gegen, oder bloße Kritik an, Israel und seinem Vorgehen als antisemitisch.

Antizionismus und Antisemitismus

Eine Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus ist grundlegend falsch. Auch wenn Antizionismus antisemitisch begründet sein kann, so kann er beispielsweise auch antinationalistisch oder säkular begründet sein.

*Beim Zionismus handelt es sich um eine nationalistische Bewegung, die von Beginn an die Vertreibung der ansässigen palästinensischen Bevölkerung vorsah, wenn sie sie überhaupt in Betracht zog, und es ist wichtig zu betonen, dass grade im 19. Jahrhundert, aber auch heute noch, es eine große antizionistische Bewegung unter Jüd*innen selbst gab bzw. gibt. In der zionistischen Bewegung war der Gedanke verbreitet, dass der Antisemitismus in Europa nicht zu besiegen sei. Die antizionistischen Jüd*innen hingegen kämpften für eine Anerkennung in ihren eigenen Staaten. In Osteuropa war beispielsweise der allgemeine Jüdische Arbeiterbund einer der wichtigsten antizionistischen Organisationen. Am 20. November 2018 appellierten 34 israelische Gelehrte (darunter David Harel, Eva Illouz, Paul Mendes-Flohr, Zeev Sternhell und Moshe Zuckermann) in einem offenen Brief an Europa bzw. an die österreichische Bundesregierung, Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen, da dies Israel gegen Kritik immun mache. Die jüdische Stimme für den gerechten Frieden für Nahost unterstützt außerdem auch die BDS Bewegung.*

Warum BDS nicht automatisch antisemitisch ist

*Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) ist eine palästinensisch geführte Bewegung, die sich an zivilgesellschaftliche Akteur*innen verschiedenster Nationen richtet, um Regierungen dazu zu bewegen, wirtschaftliche Beziehungen zu Israel zu kappen, um dessen Besatzung palästinensischer Gebiete, die Vertreibung von Palästinenser*innen, sowie die systemische Diskriminierung gegen Palästinenser*innen zu beenden und den vertriebenen Palästinenser*innen und ihren Nachkommen die Rückkehr nach Palästina zu ermöglichen. Die von der Bewegung gewählten Aktionsformen sind inspiriert durch die erfolgreichen Boykottbewegungen gegen Apartheid-Südafrika und wurden auch von anti-Apartheid- Veteranen aus Südafrika empfohlen.*

Nach der IHRA-Definition von Antisemitismus müsste diese Kampagne, die sich mit israelischen Menschenrechtsverletzungen, nicht aber mit den Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten auseinandersetzt, klar antisemitisch sein - schließlich wird Israel so doppelten Standards unterworfen. Hier wird spätestens klar, dass eine solche Sichtweise völlig sinnlos ist: Natürlich muss sich eine Kampagne zu einem spezifischen Unrecht nicht gleichzeitig mit allen anderen Unrechten auf der Welt befassen, eine solche Hürde zur Thematisierung israelischer Menschenrechtsverletzungen würde sie komplett verunmöglichen. Auch die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus von 2020 kam zum Schluss, dass ein Boykott Israels nicht automatisch antisemitisch ist.

*Natürlich kann es auch in diesem Kontext Antisemitismus geben, wie z.B. wenn Menschen weil sie jüdisch sind zur Positionierung oder Distanzierung von Israel und Zionismus aufgefordert werden oder, was vereinzelt vorkam, dass jüdische Künstler*innen Ziel von lokalen Boykottbewegungen werden. Das macht aber eben nicht die grundlegende Strategie und Bewegung antisemitisch.*

Quellen und Literaturhinweise

https://www.juedische-stimme.de/dokumentiert-vermischt-kritik-an-israel-nicht-mit-antisemitismus

Peter Ulrich, Gutachten zur «Arbeitsdefinition Antisemitismus» der IHRA

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-08/Amnesty-Uebersetzung-Zusammenfassung-Bericht-Israels-Apartheid-against-Palestinians-2022.pdf

Edward W. Said, The Question of Palestine, 1979

https://treaties.un.org/doc/Treaties/1976/07/19760718%2003-04%20AM/Ch_IV_7p.pdf

https://jerusalemdeclaration.org/

Abstimmungsgegenstand:	Dringlichkeit des Antrags der Fraktion der Sozialistischen Liste mit dem Titel „Gegen eine Ausspielung von Rassismus und Antisemitismus“
Abstimmungsergebnis:	(12/1/14) – Damit wird die Dringlichkeit nicht festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist festgestellt. Die Tagesordnung entspricht der Tagesordnung in diesem Protokoll.

TOP 4 Aufnahme von Hochschulgruppen

I. Akademische Verbindung Cheruscia Münster im CV

Die Antragstellenden stellen den Antrag vor.

Frederic Barlag (Die LISTE): Die meisten Hochschulgruppen nennen kostenlose Raumnutzung als Hauptmotivationsgrund, in die Liste aufgenommen zu werden. Warum möchtet ihr HSG werden?

Robert Krön (AV Cheruscia): Es zeigt unsere Nähe zur Universität, die Kern unserer Identität ist. Aus praktischen Gründen ist das für die Außendarstellung wichtig. Wir sind selbstorganisiert. Wir haben mehrere Partys und möchten dafür auch auf Unigeländen werben.

Juli Sommer (SL): Möchtest du dich einmal vorstellen?

Robert Krön (AV Cheruscia): Ich bin Robert Krön, seit 2016 Mitglied in der Verbindung. Wir haben ein Haus an der Steinfurter Straße mit Studentenwohnraum. Ich war Schriftführer, habe an der Ausbildung der Füchse mitgewirkt und auch andere Ämter ausgeführt. Ab jetzt bin ich mitverantwortlich für Hochschulpolitik des Münsteraner Verbands.

Frederic Barlag (Die LISTE): Du warst also Fuchsmajor und hast Füchse auf den Rang des Burschen vorbereitet? Warum nennt ihr euch Burschen, wenn ihr keine Burschenschaft seid? Möchtet ihr eine Nähe dazu aufbauen?

Robert Krön (AV Cheruscia): Ich habe den Fuchsmajor unterstützt. Der Name der „Burschen“ kommt aus der Urzeit. Wir folgen gewissen Traditionen, grenzen uns aber auch ab. Wir sind strikt unpolitisch, sondern katholisch. Wir nutzen die Begriffe aus der Tradition seit fast 180 Jahren.

Juli Sommer (SL): Du meintest, du seist für Hochschulpolitik zuständig, aber ihr seid unpolitisch. Was bedeutet das für euch? Inwiefern bezieht ihr euch trotzdem etwa auf die freiheitlich demokratische Grundordnung oder grenzt euch von Extremismus jeglicher Art ab?

Robert Krön (AV Cheruscia): Hochschulpolitik bedeutet in diesem Kontext der Umgang mit der Hochschule. Dass ich jetzt hier stehe, sehe ich als Teil von Hochschulpolitik. Die Verbindung ist ein politikfreier Raum. „Patria“ meinte früher Vaterlandsliebe, mittlerweile das von uns als Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung ausgelegt.

[…]

Wir engagieren uns gemeinsam, jeder für sich in seinem Sinne und aus eigenen Überzeugungen. Das sind keine Handlungsanweisungen.

Madita Fester (Juso-HSG): Ist es Pflicht, der katholischen Kirche anzugehören? Wie können alle von eurer Verbindung profitieren, wenn nur männliche Personen aufgenommen werden?

Robert Krön (AV Cheruscia): Mitglied in der katholischen Kirche zu sein, ist derzeit noch Aufnahmevoraussetzung, ebenso männlich zu sein. Die Verbindung bildet einen Vorteil für die Minderheit der männlichen katholischen Studenten.

Frederic Barlag (Die LISTE): Bei euch steht Alkoholverbot als mögliche Strafe in der Geschäftsordnung. Seid ihr alle solche Saufköppe?

Robert Krön (AV Cheruscia): Das bezieht sich auf Verbindungsveranstaltungen, nicht auf das Privatleben. Für viele ist es ein spaßiger Teil, der dazu gehört. Manche strapazieren dieses Privileg über.

Laura Höh (SL): Wer ist denn klar *nicht* Teil der Gemeinschaft oder Verbindung und warum?

Robert Krön (AV Cheruscia): Wer bei uns Mitglied werden kann, ist vom Kartellverband so vorgeschrieben. Mitglied kann jeder in Münster eingeschriebene katholische Student werden.

[?]: Was ist, wenn man keinen Alkohol trinkt? Wird privater Alkohol konfisziert?

Robert Krön (AV Cheruscia): Nein, und jemand der keinen Alkohol trinkt, trinkt eben keinen. Das ist immer eine persönliche Entscheidung. Es gibt keinen Zwang.

GO-Antrag von Madita Fester (Juso-HSG) auf Schließung der Redeliste.

Gegenrede.

Madita nimmt den GO-Antrag zurück.

Lisa-Nicole Bücker (CG) ist dran, zieht zurück.

Juli Sommer (SL): Kannst du nochmal auf die Partys eingehen? Sind die wichtig, um neue Mitglieder anzuwerben? Was ist eure Strategie?

Robert Krön (AV Cheruscia): Die meisten Mitglieder kommen über das Wohnraumangebot zu uns. In der Gemeinschaftsetage können sie außerdem Gemeinschaft erfahren. Die Partys sind nicht das Wichtigste, aber geben uns auch eine Möglichkeit, zu zeigen, dass wir nicht nur alte weiße sich betrinkende Männer sind, die Parolen rufen.

Jonas Pape-Petrulat (RCDS): Schön, dass du hier bist und dich dem aussetzt. Was habt ihr in der nächsten Zeit geplant?

Robert Krön (AV Cheruscia): Wir haben jährlich mindestens einen Vortrag, zuletzt beispielsweise über den Rückbau von Kernkraft. Intern versuchen wir, unsere Ausrichtung zu finden und Prozesse zu hinterfragen. Es wird immer wichtiger, auch alte Strukturen aufzubrechen.

Shari Langner (AStA-Vorsitz, CG): Frank Köbeling sagt, er sei alter Herr bei euch. Er gehört zu den Corona-Leugnern. Wie ist eure Verbindung zu ihm?

Robert Krön (AV Cheruscia): Zu sehr kann ich über Interna nichts sagen, es steht aber jedem frei, sich im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und privat so zu äußern, wie er will. Wenn es für uns schädigend ist oder als unsere Meinung dargestellt wird, müssen die nötigen Prozesse angestoßen werden.

GO-Antrag von Madita Fester (Juso-HSG) auf Schließung der Redeliste.

Gegenrede: Ein Gast wusste nicht, dass er Rede- und Fragerecht hat und möchte auch eine Frage stellen.

Abstimmungsgegenstand: GO-Antrag auf Schließung der Redeliste
Abstimmungsergebnis: (4/12/11) – Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Frederic Barlag (Die LISTE): Sucht ihr aktiv Kontakt zu Fachschaften, indem ihr etwa anbietet, Räume zur Verfügung zu stellen?

Robert Krön (AV Cheruscia): Direkten Kontakt haben wir nicht, aber in der O-Woche werden häufiger Veranstaltungen mit etwa 200 Leuten bei uns organisiert.

Gast: Wenn sich ein Mitglied medial farbentragend politisch äußert, wie ist das dann? Es gab ein Handy-Bild mit „Fuck AFA“ bei einer Cheruscia-Veranstaltung, das Bild wurde sogar hochgeladen.

Robert Krön (AV Cheruscia): Das ist mir nicht bekannt. Wenn ein Mitglied die Verbindung öffentlich schlecht darstellt, hat das Konsequenzen. Dieser Fall war bislang nicht das Thema einer Diskussion.

GO-Antrag auf namentliche Abstimmung von Jonas Pape-Petrulat für die Fraktion des RCDS.

GO-Antrag auf geheime Abstimmung von Madita Fester für die Fraktion der Juso-HSG.

Es wird geheim abgestimmt.

Abstimmungsgegenstand:	Empfehlung der Aufnahme der Hochschulgruppe „Akademische Verbindung Cheruscia Münster im CV“ in die vom Rektorat geführte Hochschulgruppenliste
Abstimmungsergebnis:	(7/1/21) – Damit wird die Aufnahme nicht empfohlen.

II. GeoUrbanum

Das Projekt wird vorgestellt.

Juli Sommer (SL): Was versprecht ihr euch von der Eintragung als Hochschulgruppe? Wo könntet ihr vielleicht anecken bei den Instituten, wenn ihr umgrabt?

GeoUrbanum: Da ist auch ein Neubauprojekt geplant. Wir hoffen, als Interessengemeinschaft standhafter zu werden. Wir wollen breiter gefächert an Leute herantreten. Über den AStA geht Werbung wahrscheinlich leichter.

Frederic Barlag (Die LISTE): Wieviele Mitglieder habt ihr und gibt es genügend Zucchini für alle?

GeoUrbanum: Erst sieben, acht Leute. Gemüse ist mehr als genug da.

Abstimmungsgegenstand:	Empfehlung der Aufnahme der Hochschulgruppe „GeoUrbanum“ in die vom Rektorat geführte Hochschulgruppenliste
Abstimmungsergebnis:	(28/0/0) – Damit wird die Aufnahme der Hochschulgruppe empfohlen.

TOP 5 Finanzanträge aus dem Haushaltsausschuss

I. Vernetzungstreffen Kritische Medizin

Empfehlung an das Studierendenparlament

*Sehr geehrte Parlamentarier*innen,*

der Haushaltsausschuss hat sich in seiner 26. Sitzung nach Besprechung des Antrags „Vernetzungstreffen Kritische Medizin“ für die Annahme desselben unter Änderung der Zweckgebundenheit ausgesprochen (3/0/1). Die empfohlene Summe beträgt 1.380€.

Mit freundlichen Grüßen
Lisa-Nicole Bücker & Jonas Pape-Petrulat
Vorsitzende des Haushaltsausschusses

Finanzierungsantrag Vernetzungstreffen Kritische Medizin
Sehr geehrte Mitglieder des Haushaltsausschusses und Studierendenparlaments,

*die Beauftragung Pflege plant gerade mit vielen anderen Akteuer*innen das Vernetzungstreffen Kritische Medizin, welches dieses Jahr in Münster stattfinden wird.1 Für die Finanzierung dieser Veranstaltung bitten wir den AStA, um finanzielle Unterstützung von insgesamt 1380 Euro. Dieser Antrag unterscheidet zwischen der Anfrage* ***von direkt zweckgebundenen Geldern,*** *welche für zwei Veranstaltungen benötigt werden, welche zwar im Rahmen in der Konferenz stattfinden, allerdings von der Beauftragung Pflege organisiert werden (in Höhe von 880 €) und* ***nicht direkt zweckgebundenen Geldern,*** *welche für den Gesamthaushalt der Konferenz angefragt werden (in Höhe von 500 €). Die Konferenz Das Vernetzungstreffen soll vom 4.- 6. August 2023 in Räumen der Westfälischen Wilhelms- Universität Münster im Rahmen einer Konferenz stattfinden. Die erwarteten 150 Teilnehmenden werden eine Vielzahl an Vorträgen und Workshops zur Auswahl haben, an denen sie im Laufe der drei Tage teilnehmen können. Dabei bieten wir eine große Bandbreite an gesundheitspolitischen Themen an. Es wird u.a. zum Beispiel eine Filmvorstellung zu den Pflegestreiks, Vorträge zu nachhaltigem Aktivismus, medizinische Gesundheitsaspekte,der Versorgung Genitalverstümmelunggeben. Dies Versorgung Geflüchteter soll eine und inhaltliche in Krisenzeiten, einen Basis Workshop für die feministische zu weiblicher weiterführende Auseinandersetzung mit den Themen bilden. Ziel des Vernetzungstreffens ist es, dass die Teilnehmenden das Gelernte in ihren regionalen Gruppen, Organisationen oder in ihrem privaten Umfeld weiter diskutieren und Bildungsarbeit fortsetzen. Die Konferenz soll ebenfalls die Möglichkeit der Vernetzung mit bereits bestehenden Initiativen wie zum Beispiel dem Verein Demokratischer Ärzt*innen (vdä*) oder SoliMed Köln schaffen. Diese Vernetzung kann die Wirkmächtigkeit politischer Arbeit vervielfachen.*

Neben der inhaltlichen Weiterbildung und Vernetzung mit externen Initiativen soll auf der Konferenz auch die Vernetzung der Teilnehmenden und der Ortsgruppen, die sie vertreten, im Fokus sein. In Form eines strukturierten Brainstormings werden die Teilnehmenden Möglichkeiten erarbeiten, die überregionale Vernetzung nachhaltig aufzubauen und konstruktiv von den anderen Ortsgruppen zu profitieren.

*Die Vernetzung dient dazu, dass sich die Gruppen untereinander austauschen, Strategien sowie bisher zum Teil eigenständig erarbeitete Fähigkeiten miteinander zu teilen, um diese dann zurück an ihre Heimatuniversitäten tragen zu können. Somit ist dieses Treffen auch ein starkes Multiplikator*innentreffen, von dem nicht nur die anwesenden Teilnehmenden sondern auch das Gesundheitspersonal und Patient*innen in den jeweiligen Heimatstädten profitieren können. Das Vernetzungstreffen wird zudem als Ort des Empowerments und der Inspiration für aktivistisches Arbeiten fungieren.*

Wir erwarten uns daher von dem Treffen, einen aktiven und reflektierten Austausch zu den verschiedensten gesundheitspolitischen Zusammenhängen und zu Themen welche im Curriculum nicht (ausreichend) behandelt werden. Es bietet zudem die Möglichkeit zur Erlernung und Ausbau diverse Skills und Arbeitsstrategien, um das (erlernte) Wissen tatsächlich auch strukturell verankern zu können. Durch die Schaffung eines Raumes zur überregionalen Vernetzung der einzelnen Orts- und Arbeitsgruppen sowie mit anderen aktivistischen Gruppen und Strukturen erhoffen wir uns zudem dem Problem entgegenzuwirken, dass Gruppen aneinander vorbei und ohne den Erfahrungsschatz anderer Gruppen arbeiten.

Das Vernetzungstreffen hilft uns bei unserem gemeinsamen Ziel, die Gesundheit(sversorgung) aller Menschen nachhaltig und langfristig zu verbessern und damit dem gesellschaftlichen Zustand, indem alle Menschen auch in der Realität, ein Recht auf Gesundheit haben und eine adäquate Gesundheitsversorgung erhalten, näher zu kommen

Beauftragung Pflege

Neben vielen organisatorischen Tätigkeiten vor, während und nach der Konferenz werden von uns zwei inhaltliche Slots geplant.

*Am Freitagabend würden wir gerne den Film „Höchstens vier Wochen“ zeigen. Dieser dokumentiert die Streikbewegung „Notruf NRW“, die sich als Zusammenschluss aller Unikliniken NRWs im letzten Jahr einen berufsübergreifenden Tarifvertrag Entlastung erkämpfte. Der Streik dauerte nicht wie der Titel vermuten lässt höchstens vier Wochen, sondern mit 77 Tagen so lange, wie kein anderer an deutschen Krankenhäusern bevor und war seitdem Grundstein für viele weitere Streikbewegungen deutschlandweit. Im Anschluss an den 60-minütigen Film, soll ein einstündiges Gespräch mit zwei Krankenpfleger*innen folgen, die Teil der Streikbewegung waren. Dabei ist Raum für (persönliche) Nachfragen, aber auch für weitergehende Diskussionen. Der Film ist frei auf YouTube zu sehen, jedoch möchten wir die aktivistische Arbeit von Jonas Alter mit einem Betrag wertschätzen, der den Film als Student eigenständig ohne finanzielle Förderung im Vorhinein produziert und gedreht hat. Der Kontakt zu den streikenden Krankenpfleger*innen in Münster besteht aufgrund bereits erfolgreicher Vernetzung der Beauftragung Pflege in vergangenen Semestern. Diese Kontakte können wir jetzt dafür nutzen, dass deutschlandweite Vernetzung und Austausch stattfinden. Wir erhoffen uns einen motivierenden Effekt auf die Teilnehmenden, von denen ein Großteil schon selbst die schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege und Krankenhaus zu spüren bekommen hat. Die positive Verstärkung eines solchen berufspolitischen Erfolges wie der des „Notruf NRWs“ kann so einen Schneeballeffekt erzielen.*

*Die zweite Veranstaltung, die wir gerne durchführen würden, ist ein Vortrag mit SoliMed Köln. SoliMed Köln ist Teil des Poliklinik Syndikats. Dies ist ein Zusammenschluss von Projekten der ambulanten Gesundheitsversorgung deutschlandweit, der für eine adäquate ambulante Versorgung eine strikte Miteinbezugnahme der politischen und sozialen Verhältnisse der Patient*innen fordert. Es haben sich auf dieser Basis Stadtteilgesundheitszentren gebildet, in denen verschiedene Berufsgruppen miteinander arbeiten, um nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch auf (lokal)gesellschaftlicher Ebene Gesundheitsarbeit zu leisten. Konkret werden so neben ärztlicher Versorgung auch psychologische, sozialarbeiterische und pflegerische Sprechstunden angeboten. SoliMed Köln ist seit mehreren Jahren dabei ein solches Gesundheitszentrum im Stadtteil Kalk aufzubauen.*

Bei dem Vortrag soll es am Beispiel ihres Projektes, um konkrete Alternativen zu aktuellen Versorgungsstrukturen gehen. SoliMed Köln wird dabei ganz praktisch von ihren Erfahrungen bei dem Gründungsprozess eines solchen Gesundheitszentrums berichten. Wir erhoffen uns von der Veranstaltung, dass junge Menschen aus dem Gesundheitsbereich innovative und kritische Versorgungprojekte kennenlernen und so auch die sich noch im Wachstum befindende Bewegung der Polikliniken weitere Unterstützung deutschlandweit erfährt.

Hauptsächlich richten sich die Vorträge an interessierte Studierende, jedoch werden sie auch einen Raum bieten die Streikbewegung Notruf NRW sowie das SoliMed Netzwerk mit Studierenden zu vernetzen. Da es sich bei der Veranstaltung Freitagabend um die Auftaktveranstaltung handelt und es keine weiteren Vorträge parallel geben wird, werden ca. 150 Teilnehmende erwartet. Bei dem Vortrag der SoliMed Köln werden ca. 50 Menschen erwartet.

Kosten:
Wie bereits eingangs erwähnt, unterscheidet dieser Antrag zwischen der Beantragung von ***zweckgebundenen Geldern*** *und* ***nicht direkt zweckgebundenen Geldern.***

A) Zweckgebundene Gelder

Im Folgenden werden die zweckgebundenen Kosten aufgelistet, welche für die zwei von uns organisierten Veranstaltungen benötigt werden. ***Für diese beantragen wir insgesamt 880 €.***

Veranstaltung Film „Höchstens vier Wochen“ mit anschließendem Gespräch	Spende für den Film	100 €
	Honorar 2x	300 € igs.
SoliMed Köln	Honorar 2x	400 € igs.
Verpflegung Dozierende		50 €
Öffentlichkeitsarbeit		30 €
Insgesamt		**880 €**

B) Nicht direkt zweckgebundene Gelder
Im Folgenden wird die gesamte Kostenplanung, der Konferenz aufgelistet. Es ist ersichtlich, dass durch die Größe der Veranstaltung, bei der auch Verpflegung und Übernachtungen (im Rahmen einer Bettenbörse) der Teilnehmenden mitgeplant wird, erhebliche Kosten entstehen. Um die Ticketpreise, welche solidarisch gestaffelt sind, so gering wie möglich zu halten, ist die Konferenz auf diverse andere Bezuschussung angewiesen. Die Finanzierung muss dabei auf verschiedene Schultern verteilt werden, wobei aufgrund der Größe des Projekts im Vorhinein nicht jeder Kostenpunkt einzeln ermessen werden kann. Aus diesem Grund beantragen wir für die gesamte Konferenz einen Zuschuss des Studierendenparlaments ***in Höhe von 500 €,*** *welches nicht direkt zweckgebunden, den Finanztopf der Konferenz weiter füllen soll.*

Angefrage/Bestehende Geldgeber, Sponsoren Kooperationen

- *AStA Universität Göttingen*
- *Koordinierungsausschuss Universität Wien*

- *Studierendenrat Halle*
- *AStA Universität Münster*
- *Heinrich-Böll-Stiftung NRW*
- *Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Gewinn-/Verlust-Rechnung

Einnahmen		Ausgaben	
Beschreibung	**Summe**	**Beschreibung**	**Summe**
Vorverkaufsticket	625,00€	Fahrtkosten Orgateam	900,00€
Minimalticket (30€)	2010,00€	IT	200,00€
Normalticket (35€)	1155,00€	Material und Sonstiges	800,00€
Soliticket (40€)	760,00€	Honorare Ref	2500,00€
AStA Köln (beantragt)	**1500,00€**	Fahrtkosten Ref	1800,00€
AStA Göttingen (beantragt)	1500,00€	Übernachtung Ref	1200,00€
Wien (beantragt)	1000,00€	Geschenke für Ref	225,00€
Heinrich-Böll-Stiftung NRW (geplant)	500,00€	Unterbringung TN	300,00€
Rosa-Luxemburg-Stiftung (beantragt)	1500,00€	Verpflegung TN	3700,00€
AStA Universität Münster (geplant)	500,00€	KüFa	660,00€
FSR Freiburg (geplant)	500,00€	Getränke	300,00€
Stura Halle (beantragt)	1000,00€		
	12.550,00€		**12.585,00€**

*Wir würden sehr freuen, wenn sich die Mitglieder*innen des Haushaltsausschusses und des Studierendenparlamentes dafür entscheiden, den Antrag der Beauftragung Pflege zu unterstützen und zu bewilligen. Wir möchten unterstreichen, welche Bedeutung die Konferenz für den Standort Münster hat und auf die Chance hinweisen, durch Ihre Unterstützung Thematiken rund um das Thema Pflege prominent auf dem Vernetzungstreffen zu platzieren.*

Mit freundlichen Grüßen,
Sarah, Henrik und Paul von der Beauftragung Pflege

Jonas Pape-Petrulat (Haushaltsausschuss): Wir haben einen ÄA gestellt, dass alle Mittel zweckgebunden vergeben werden soll. Das ist formell wichtig.

Die Antragstellenden übernehmen den Änderungsantrag.

Frederic Barlag (Die LISTE): Wie groß wäre das Problem bei einer Ablehnung durch das StuPa?

Henrik (Beauftragung Pflege): Wir brauchen das Geld, das ist wichtig.

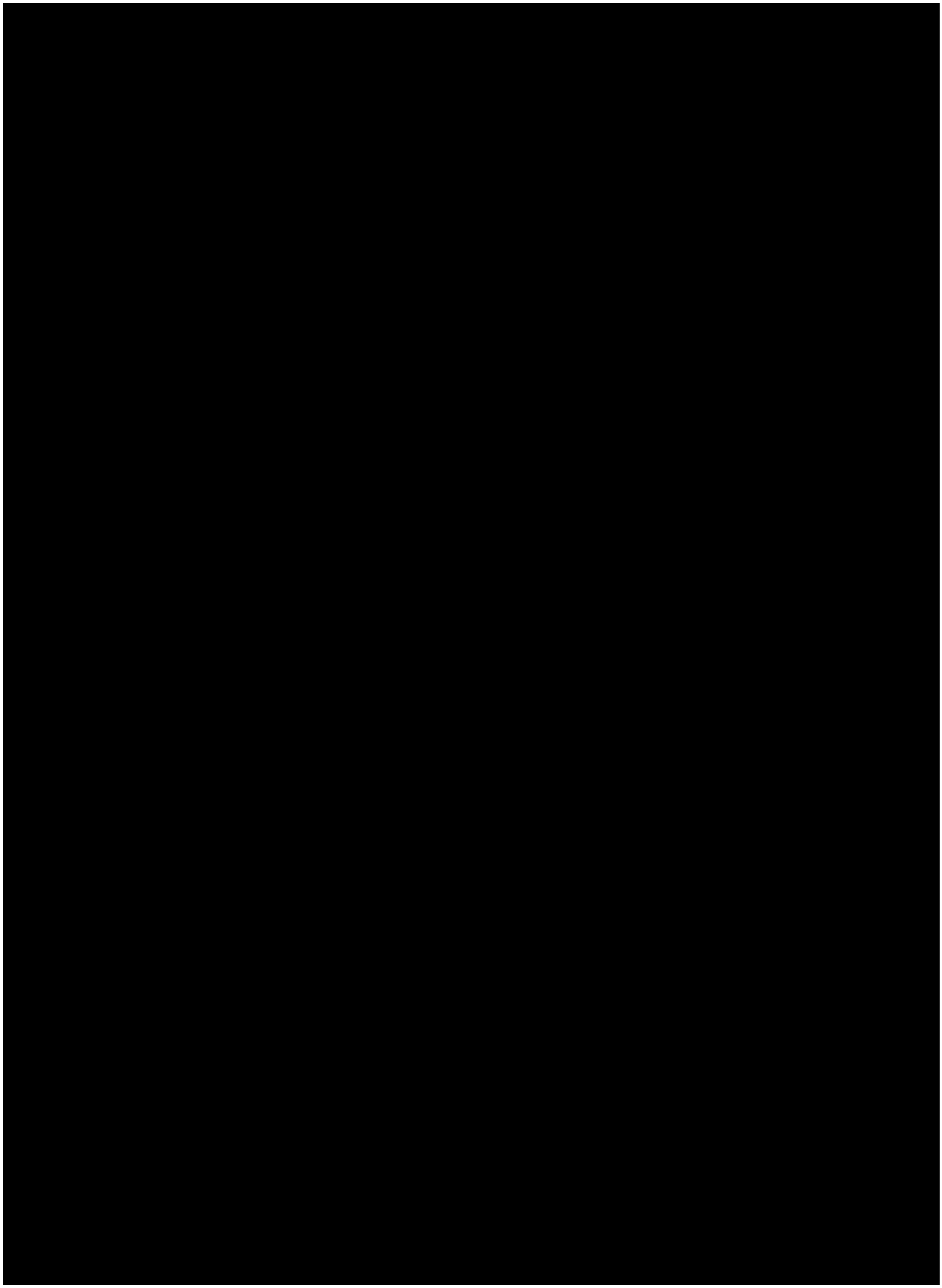
Abstimmungsgegenstand: Finanzantrag der Beauftragung Pflege mit dem Titel „Vernetzungstreffen Kritische Medizin“

Abstimmungsergebnis: (22/5/0) – Damit ist der Antrag angenommen.

II. Radverleih für Studierende

GO-Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit. Der GO-Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

[redacted]



Abstimmungsgegenstand: Antrag des AStA-Referats für Nachhaltigkeit, Mobilität und Infrastruktur mit dem Titel „Radverleih für Studierende“

CampusGrün

Lisa-Nicole Bücker	–	Ja
Patricia Rickert	–	Ja
Celina Lea Boss	–	Ja
Shari Langner	–	Ja
Soenke Janssen	–	Ja
Felix Mehls	–	Ja
Deborah Aimionowane	–	Ja
Markus Schieferdecker	–	Ja
Christopher Margraf	–	Ja
Jonas Gromzik	–	Ja
Niklas Padberg	–	Ja
Nicolas Stursberg	–	Ja
Maik Blomberg	–	Ja
Felix Heilemann	–	Ja
LHG		
Valentina Sauer	–	Ja
Marius Diekmann	–	Ja
Marco Skala	–	Ja
Markus Leitschuh	–	Ja
Ali Lubna	–	Ja
RCDS		
Mette Wagner	–	Ja
Finn Hölter	–	Ja
Jonas Pape-Petrulat	–	Ja
Augustinus Künzel	–	Ja
Juso-HSG		
Maurice Schiller	–	Ja
Antonia Miersch	–	Ja
Marina Romić	–	Ja
Madita Fester	–	Ja
Sozialistische Liste		
Juli Sommer	–	Ja
Laura Höh	–	Ja
DIE LISTE		
Frederic Barlag	–	Ja
DIL		
Amir Alhalis	–	Ja

Abstimmungsergebnis: (28/0/0) – Damit ist der Antrag angenommen.

III. 1. Nachtragshaushaltsplan 2023

Wiedergabe des Antragstextes: s.o.

Frederic Barlag (Die LISTE): Danke für das neue Design, es ist viel verständlicher. Zum Sportreferat: Wie waren die Absprachen? Kommt das Geld erstmal in die Aktiva-Titel?

Nicolas Stursberg (AStA-Finanzreferat): Die rechnen damit, dass das annähernd ausgereizt wird. Das wird mehr in der Breite angenommen. Beim Titel für Inventar ist das nochmal anders. Da geht ein größerer Teil in den Überschuss.

Frederic Barlag (Die LISTE): Es wird kein Geld für eine zweite Aushilfe mehr eingeplant, Arbeitet Tom wirklich so gut?

Nicolas Stursberg (AStA-Finanzreferat): Nein, wir haben eine zweite Aushilfe eingeplant, weil die Öffnungszeiten verlängert wurden. Tom wird weiter angestellt.

Frederic Barlag (Die LISTE): Titel 7191: Werden 100.000 € mehr verwendet, als geplant?

Nicolas Stursberg (AStA-Finanzreferat): Ja.

GO-Antrag auf sofortige Überweisung des 1. Nachtragshaushalts 2023 in die zweite Lestung von Maret Speemann für die Fraktion von CampusGrün.

Gegenrede von Frederic Barlag (Die LISTE): Das ginge viel zu schnell und es gab keine Zeit für Änderungsanträge. Ich plädiere mit Nachdruck dafür, heute nur die erste Lesung zu machen.

Abstimmungsgegenstand:	GO-Antrag auf sofortige Überweisung des 1. Nachtragshaushaltsplans 2023 in die zweite Lesung
Erforderliches Quorum:	Zweidrittelmehrheit
Abstimmungsergebnis:	(18/0/10) – Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

TOP 6 Bestätigung autonomer Referent*innen

*Liebe Wahlleitung, liebes Präsidium, liebe Parlamentarier*innen,*

*wir bitten um die Bestätigung der autonomen Referentin für die Belange der Fachschaften Jaqueline Wefers, welche zum 01.06.2023 ernannt wurde, sowie von Jost Weisenfeld und Maurice Martins Santana als autonome Referenten für die Belange der behinderten und chronisch kranken Studierenden, die zum 01.07.2023 ernannt wurden und von Markus Schieferdecker als Referent*in für die Belange der schwulen und bisexuellen Studierenden, ernannt zum 01.07.2023, bei der nächsten Sitzung des Studierendenparlaments am 10.07.2023.*

Viele Grüße,
Shari und Gabriel

Abstimmungsgegenstand:	Bestätigung der Ernennung autonomer Referent*innen
Abstimmungsergebnis:	(28/0/0) – Damit sind die Ernennungen bestätigt.

TOP 7 Wahl der Senatsbeauftragung

*Liebe Parlamentarier*innen,*

am 22. Juni 2023 fand eine Vollversammlung der behinderten und chronisch kranken Studierenden statt. Auf dieser Vollversammlung wurde beschlossen, dass Kübranur Binek dem Senat als studentischer Senatsbeauftragter für die Belange behinderter und chronisch kranker Studierender vorgeschlagen werden soll. Der Vorschlag des Studierendenparlaments muss fristgerecht beim Senat eingehen, sodass dieser am 11.10.2023 die Ernennung von Kübranur Binek abstimmen kann.

Daher bitten wir darum zu beschließen, dass das Studierendenparlament dem Senat Kübranur Binek für die Wahl als studentischer Senatsbeauftragter für die Vertretung der Belange behinderter und chronisch kranker Studierender vorschlägt.

Mit freundlichen Grüßen
Maurice Martins Santana und Jost Weisenfeld

Abstimmungsgegenstand:	Empfehlung von Kübranur Binek als Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
Abstimmungsergebnis:	(27/1/0) – Damit wird Kübranur Binek als Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung empfohlen.

TOP 8 Bestätigung eines nicht-autonomen Referenten

*Liebes Präsidium, liebe Parlamentarier*innen,*

wir bitten um die Bestätigung des nicht-autonomen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit Jonas Gromzik, welcher am 05.07.2023 ernannt wurde, bei der nächsten Sitzung des Studierendenparlaments am 31.07.2023.

Viele Grüße,
Shari und Gabriel

Bewerbung
Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

ich bin seit dem SoSe23 bei Campus grün aktiv und lerne fortwährend etwas Neues dazu. Mir bereitet es große Freude mich in der Hochschulpolitik zu engagieren. Ob es die wöchentlichen Treffen, das Plakatieren, das Diskutieren, das Umsetzen von Ideen oder der Präsenzwahlkampf sind, ist dabei egal. Mein Drang zu lernen, neue Erfahrungen zu sammeln und Dinge anzupacken, ist noch lange nicht gestillt. Aus diesem Grund möchte ich Teil der Drehscheibe des studentischen Engagements werden. Das ÖffRef ist genau diese Schnittstelle im AStA, um mitzubekommen, was so auf dem Campus abgeht und was es für coole Projekte gibt.

Ich bin seit meinem Studienbeginn Teil der KoWi-Fachschaft und dort für die Mails und seit kürzerem für Social Media zuständig. Außerdem bin ich ab Oktober Teil des Institutsvorstandes des IfK um direkt am Geschehen Teil zu haben. Dass das wichtig ist, zeigt sich an der aktuellen Thematik „Schließung der BEK", bei der ich federführend mit der Päda-FS im Austausch mit dem Dekanat stehe. Ich bin begeistert davon, Netzwerke zu knüpfen und gemeinsam für unsere Interessen einzustehen.

Anfangs dachte ich nicht, dass ich so sehr Gefallen an der Mail-Zuständigkeit finden würde. Wer schreibt auch schon einer Fachschaft? Pustekuchen. Mittlerweile bin ich sehr zufrieden mit dieser Verantwortlichkeit und bin gerne die Ansprechperson der Fachschaft. Des Weiteren hilft mir mein Organisationstalent die Planung der O-Woche effektiv zu strukturieren und klare Zuständigkeiten zu definieren, um auch dieses Jahr Erstis wieder eine phantastische O-Woche bieten zu können. Ich liebe die Zusammenarbeit mit anderen Studis und übernehme dafür auch gerne die Organisation, wie z.B. bei der O-Wochen-Planung. Mein Studiengang ermöglichte es mir auch, einen Workshop zum Schreiben einer Pressemitteilung zu absolvieren. Nebenbei habe ich meine IT- Kenntnisse in einem Word-Press Kurs weitergebildet. Es erwartet mich im ÖffRef also nichts gänzlich Neues. Die Kombination aus meiner Erfahrung in diesem Bereich und meiner Lernfähigkeit lässt mich auch auf neue Herausforderungen gut vorbereitet sein.

Es erfüllt mich sehr zielstrebig, strukturiert und gewissenhaft Aufgaben zu erledigen, Menschen zu helfen und einfach Dinge zu „machen". Genau wegen diesem Mindset bin ich im ÖffRef richtig.

Mit lieben Grüßen
Jonas

Frederic Barlag (Die LISTE): Bis wann stehst du zur Verfügung?

Jonas Gromzik: Ich habe vor, weitere vier Semester an dieser Uni zu studieren. So lange kann ich mir das grundsätzlich vorstellen. Bisher macht es mir Spaß.

Frederic Barlag (Die LISTE): Das Referat ist ja in der schwierigen Position, auch neue Studierende zu erreichen und eine klare Position in schwierigen Situationen zu haben. Fühlst du dich in diesen komplexen Bereichen kompetent, auch kurzfristig was zu veröffentlichen?

Jonas Gromzik: Eine Absprache benötigt manchmal etwas mehr Zeit und muss gut überlegt sein. Die Qualität eines Statements darf nicht leiden.

Christopher Margraf (CG): Wann kommt der AStA-Tiktok-Account?

Jonas Gromzik: Davon halte ich persönlich nicht viel. Ich glaube nicht, dass das in absehbarer Zeit eher nicht passiert.

Abstimmungsgegenstand:	Bestätigung der Ernennung von Jonas Gromzik zum Referenten für Öffentlichkeitsarbeit
Abstimmungsergebnis:	(24/4/4) – Damit ist die Ernennung von Jonas Gromzik zum Referenten für Öffentlichkeitsarbeit bestätigt.

TOP 9 Einspruch gegen die Wahl zum 66. Studierendenparlament

Sehr geehrte Wahlleitung Ahrenhold,
geschätzte Mitglieder des 66. Studierendenparlaments,

hiermit lege ich Einspruch gegen die Wahl zum 66. Studierendenparlament ein, die vom 12. bis zum 16.06.2023 stattgefunden hat und deren Ergebnis am Montag, 19.06.2023, bekanntgegeben wurde.

Im nachfolgenden Schreiben werde ich diese Anfechtung begründen.

Dabei werde ich zwei Tatsachen schildern, die beide für sich allein genommen bereits §23 (6) der Wahl- und Urabstimmungsordnung erfüllen.

Daher fordere ich das Studierendenparlament auf, die Wahl dir ungültig zu erklären.

Die Wahl war nicht geheim
Ein zentraler Grundsatz der Wahl ist die geheime Stimmabgabe. Diese ist in §3 (1) der Wahl- und Urabstimmungsordnung vorgeschrieben und garantiert, dass jede wahlberechtigte Person eine freie Wahlentscheidung treffen kann.

Die Wahlleitung hat zudem die Aufgabe sicherzustellen, dass eine unbeobachtete Stimmabgabe möglich ist (§20 (1) Wahl- und Urabstimmungsordnung).

An zahlreichen Urnen waren die Wahlkabinen auf eine Weise aufgestellt, die es problemlos möglich machte, in diese während des Wahlvorgangs hineinzusehen. Beispielhaft sollen die die Urnen an der ULB, an der Mensa am Aasee und in der Psychologie (Fliednerstraße) genannt werden.

Aufgrund des Wahlverfahrens, bei dem auf dem Wahlzettel ein Buchstabe und eine Zahl eingetragen wird, ist es möglich, die Wahlentscheidung durch Beobachtung zu erkennen. Da somit eine wesentliche Bestimmung des Wahlrechts verletzt wurde, ist die Wahl für ungültig zu erklären.

Verspätete Briefwahlunterlagen
Die Briefwahl ist für viele Studierende, die in der Wahlwoche nicht in Münster sind oder aus anderen Gründen die Wahl an der Urne vermeiden möchten, ein einfaches und erprobtes Mittel. Sie ist in den Wahlgrundsätzen als zulässige Form der Stimmabgabe geregelt (siehe §3 (4) Wahl- und Urabstimmungsordnung).

Von zahlreichen Studierenden ist bekannt, dass sie Briefwahl beantragt haben, die unterlagen sie jedoch erst nach dem Beginn der Stimmabgabe am 12.06.2023 erreichten. Somit war es Studierenden, die in der Wahlwoche nicht an ihrem münsterschen Wohnort waren, nicht möglich, per Briefwahl zu wählen, obwohl sie diese wünschten und beantragt hatten.

Die Briefwahl war somit zwar beantragbar, doch faktisch nicht für alle Studierenden möglich. Damit ist ein Grundsatz der Wahl verletzt und die Wahl ist für ungültig zu erklären.

Bedauerlicherweise teilte der Zentrale Wahlausschuss auch auf Nachfrage nicht mit, wie viele Studierende Briefwahl beantragt haben, daher kann hier nicht angeführt werden, welcher Anteil dieser Studies eine gültige Stimme abgegeben haben.

Da die Zahl der Briefwahlstimmen nur etwa ein Drittel der des Vorjahres entspricht, kann jedoch angenommen werden, dass zahlreiche Wahlberechtigte zwar per Brief wählen wollten, ihre Stimmen jedoch nicht fristgerecht eingingen. Dies ist ebenfalls auf die späte Versendung zurückzuführen.

Diese Stimmen wurden nicht gezählt und könnten zu einer Veränderung des Wahlergebnisses führen. Aus diesem Grund ist die Wahl für ungültig zu erklären.

Weitere Verstöße gegen die Wahl- und Urabstimmungsordnung

Abschließend werden weitere Verstöße gegen die Ordnung gelistet, die der Wahl zugrunde liegt. Diese mögen Einzelnen als kein ausreichender Grund für einen Einspruch erscheinen, doch die schiere Summe scheint mir ein hinreichendes Argument gegen diese Ansicht. Verstöße gegen die Wahl- und Urabstimmungsordnung untergraben das Vertrauen in die demokratischen Strukturen und lassen Zweifel an der Legitimität des Parlaments zu. Auch wenn ich nicht argumentieren möchte, dass diese Verstöße dazu führen sollten, dass die Wahl für ungültig erklärt wird, so möchte ich sie doch anführen, um darzustellen, dass selbst einfache Bestimmungen missachtet wurden und diese Wahl in keinem Fall reibungslos ablief.

- *§8 (6). Auf der Sitzung des Studierendenparlaments am 05.06.2023 war kein Mitglied des Zentralen Wahlausschusses anwesend, um die Fragen der Mitglieder des Parlaments zu beantworten.*
- *§17 (2). Die Namen von antretenden Personen wurden auf dem Wahlzettel falsch geschrieben. Auf der Wahlbewerbung wurde die richtige Schreibweise angegeben.*
- *§17 (4). Studienfächer, für die Personen eingeschrieben sind, wurden nicht auf dem Stimmzettel aufgeführt, obwohl diese auf der Einverständniserklärung, der Wahlbewerbung und dem Aushang der zugelassenen Wahlbewerbungen einheitlich angegeben waren.*
- *§21 (1). Das Wahlergebnis wurde nicht unverzüglich bekannt gegeben, lediglich ausgewählte Medien haben das Ergebnis mitgeteilt bekommen. Erst am 19.06.2023, zwei Tage nach Ende der Auszählung, wurde das Ergebnis durch den Zentralen Wahlausschuss bekannt gegeben.*
- *Zudem wurde im Studierendenparlament berichtet, dass es zu Verwirrungen darüber kam, welche Dokumente eingereicht worden sind und welche fehlen, da die Wahlleitung Unterlagen mit nach Hause nahm.*

Zusammenfassend möchte ich asudrücklich festhalten, dass kein Zweifel besteht, dass die Grundsätze der Wahl in unbestreitbarer und folgenschwerer Weise verletzt worden sind. Diesen Einspruch anzunehmen und die Wahl für ungültig zu erklären ist somit ein nötiger Schritt.

Ich wünsche einen schönen Tag
Frederic Barlag

Frederic Barlag (Die LISTE): Geschätztes Parlament, liebe Kommilitonen,

hiermit stelle ich den zweiten Einspruch gegen die Wahl zum 66. Studierendenparlament vor.

Ich habe mich dazu entschieden, heute einen anderen Ton anzuschlagen, als ich es üblicherweise in diesem hohen Haus tue. Der flapsige Vortrag und ein Spiel mit Krawatten, dass ich in der letzten Sitzung präsentieren wollte, bleibt euch somit vorenthalten.

Den ersten Einspruch habe ich mit Humor vorgestellt und es wurde mit einem Änderungsantrag beantwortet, der dieses ernste Anliegen ausgehöhlt hat. Dies hat mich mit Wut und Enttäuschung erfüllt und ich möchte mich im Voraus entschuldigen sollte es mir heute nicht gelingen zu verhindern diese Emotionen überkochen zu lassen. Ich habe mir fest vorgenommen meine Frustration nicht gegen Personen zu wenden, die sich in diesem Gremium engagieren und ihre Zeit investieren, und hoffe diesen Vorsatz halten zu können.

Einige mögen sich fragen, warum es zwei Einsprüche gegen die Wahl gibt, warum ich schon wieder hier vorne stehe. Der erste Einspruch, der in der konstituierenden Sitzung behandelt wurde, enthielt die Gründe aus Perspektive der Wahlliste, die ich einreichte; der heutige Einspruch führt allgemeine Gründe auf, die nicht mit der Situation einer einzelnen Gruppe vermengt werden sollten.

Diejenigen unter euch, die mich länger und besser kennen wissen, dass ich Wahlen nicht für das beste Mittel einer demokratischen Willensbildung halte und ich die Schwächen des parlamentarischen Systems kenne und gern ausführlich darlege. Doch wir als Studierendenschaft haben uns für dieses Mittel und dieses System entschieden und so steh ich hier und verteidige das, was unsere Grundlage sein sollte.

Die Wahl war nicht geheim.

An der Psychologieurne und an der ULB war es problemlos möglich sich mit einem Heißgetränk und einem Notizbuch zu setzen und in die Wahlkabine hinein zu sehen. An beiden Standorten ist es problemlos möglich die Kabinen auf eine Art aufzustellen, die dies unmöglich macht – so ist es in den vergangenen Jahren geschehen.

Über zehn Prozent der Stimmen wurden an diesen beiden Urnen abgegeben. Ich spare mir weitere Beispiele, denn der entscheidende Punkt ist bereits jetzt mehr als deutlich: Die Wahl war nicht für alle geheim.

Es kann keine Debatte, ob es gegen die Grundsätze der Wahl verstößt, wenn diese nicht für viele nicht geheim durchgeführt werden konnte. Ebenso ist indiskutabel klar, wer die Verantwortung für diesen Fahler trägt: die Wahlleitung hat die geheime Stimmabgabe sicherzustellen; siehe § 20 Abs. 1 der Wahlordnung.

Ein zweiter Punkt die die Stimmabgabe per Briefwahl.

Es ist nicht möglich zu sagen wie viele Studierende ihre Stimme per Briefwahl abgeben wollten, da der ZWA trotz mehrfacher Nachfrage meine Frage hierzu nicht beantwortete.Eine Personen, die wussten, dass sie in der Wahlwoche nicht in Münster sein werden und fristgerecht Briefwahl beantragt haben, haben in mehreren Fällen am Sonntag vor der Wahlwoche noch keine Unterlagen erhalten.

Eine gleiche Wahl war ihnen per Briefwahl nicht möglich. Die Wählenden kann kein Vorwurf gemacht werden. Sie haben sich richtig verhalten und alle Fristen eingehalten. Und doch konnten sie ihre Stimme nicht abgeben.

Vierzig solcher Einzelfälle reichen aus, um das Wahlergebnis zu verändern, doch ein einziger reicht aus um das Vertrauen in die demokratische Mitbestimmung zu erschüttern.

Im vergangenen Jahr gab es - trotz einiger Probleme mit der Briefwahl und zahllosen Stimmen, die erst nach der Auszählung ankamen – etwa die dreifache Mange an Briefwahlstimmen, fast zweihundert Stimmen mehr.

Sicher ist, dass diese Wahl nicht gleich war. Dazu kommt die Spekulation, ob das Wahlergebnis dem Willen der Wählenden entspricht.

Ich möchte darum bitten, diese Punkte ernst zu nehmen. Ich möchte darum bitten, dass ihr über die Konsequenzen eurer Stimme nachdenkt.

Diese Wahl war nicht für alle geheim und nicht für alle gleich. Wollt ihr dies akzeptieren? Wollt ihr die Botschaft senden, dass diese Verstöße gegen unsere selbstgegebenen Grundsätze keine Konsequenzen haben?

Oder werdet ihr diesem Antrag zustimmen?

Danke für eure Aufmerksamkeit.

Gabriel Dutilleux (AStA-Vorsitz): Ist das Ziel des Antrags, die Wahl für ungültig zu erklären?

Frederic Barlag (Die LISTE): Das Ziel ist, festzustellen, dass die Wahl nicht den Anforderungen der Ordnung des 65. StuPa entspricht. Also Ja.

Finn Hölter (RCDS): Wir stimmen dir als Fraktion zu.

GO-Antrag auf namentliche Abstimmung von Frederic Barlag für die Fraktion der LISTE.

GO-Antrag auf geheime Abstimmung von Maret Speemann für die Fraktion von CampusGrün.

Abstimmungsgegenstand:	Antrag des Mitglied des Studierendenparlaments Frederic Barlag mit dem Titel „Einspruch gegen die Wahl zum 66. Studierendenparlament“
Abstimmungsergebnis:	(7/1/20) – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frederic Barlag meldet ein Sondervotum an.

TOP 10 Beschluss gegen jeden Antisemitismus

Geschätztes Parlament,

*liebe Kommiliton*innen,*

hiermit stellen wir einen Antrag an das 66. Studierendenparlament.

Das Parlament möge beschließen:

„Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen jede Form des Antisemitismus. Als Richtlinie dient den Gremien und Organen der verfassten Studierendenschaft die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Das Studierendenparlament bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Das Studierendenparlament lehnt Boykottbestrebungen gegen Israel ab, insbesondere Aufrufe zum akademischen oder kulturellen Boykott, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind.

Daher spricht sich das Studierendenparlament gegen jegliche Zusammenarbeit mit der „Boykott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (kurz BDS) und ihre Unterstützenden, wie z.B. der Gruppe „Palästina Antikolonial“, aus. Gruppen oder Einzelpersonen, welche belegbar die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, die sich gegen das Existenz- oder Verteidigungsrecht Israels positionieren, sich mit der Gruppe „Palästina Antikolonial“ solidarisieren oder Teil von dieser sind, oder terroristische Gewalt gegen Israel befürworten, dürfen keine Honorare, Aufwandsentschädigungen, Projektförderungen oder sonstige Gelder aus dem Haushalt der verfassten Studierendenschaft erhalten. Ebenso stellt die verfasste Studierendenschaft jenen Gruppen oder Einzelpersonen oder Veranstaltungen, an denen jene Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken, keine Räume zur Verfügung und nimmt keine Raumbuchungen für diese vor.

*An Veranstaltungen externer Veranstalter*innen, an denen Organe der verfassten Studierendenschaft mitwirken sollen und bei welchen sich auch Gruppen oder Einzelpersonen beteiligen, die die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, oder die anhand der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA anderweitig als antisemitisch identifiziert werden können, sollte zunächst ein Dialog mit der*dem externen Veranstalter*in gesucht werden. In diesem müssen die Gremien der verfassten Studierendenschaft ihre Mitwirkung unter die Bedingung stellen, dass keine gleichzeitige Zusammenarbeit mit antisemitischen Gruppen oder Einzelpersonen stattfindet und dadurch deren Ausschluss anregen. Werden jene Gruppen oder Einzelpersonen daraufhin nicht von der Veranstaltung Seite 1 von 2ausgeschlossen, so beteiligen sich Gremien der verfassten Studierendenschaft nicht. Ebenso werden solche Veranstaltungen folglich nicht durch die Gremien der verfassten Studierendenschaft beworben oder anderweitig unterstützt.*

*Das Studierendenparlament fordert die Universität Münster auf, sich klar gegen die BDS-Bewegung zu stellen und ihren antisemitischen Positionen, die einer freien und international vernetzten Wissenschaft diametral entgegenstehen, keinen Raum zu bieten. Sie soll keine Veranstaltungen durchführen, unterstützen oder bewerben, bei denen Israel delegitimiert, BDS-Positionen vertreten oder Terrorismus gegen Israel und seine Bewohner*innen befürwortet wird. Dritten sollen keine Räume für solche Veranstaltungen durch die Universität zur Verfügung gestellt werden. In der politischen Bildungsarbeit der verfassten Studierendenschaft, insbesondere der des AStA und seiner Beauftragungen, soll eine kritische Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus regelmäßig Berücksichtigung finden.“*

Kurzbegründung des Antrags
Der vorliegende Antrag wurde in den vergangenen Parlamenten verabschiedet.

Ihn hier erneut einzureichen begründet sich schlicht aus dem Diskontinuitätsprinzip, dem Grundsatz, dass in der vergangenen Legislatur getroffene Beschlüsse für das neu konstituierte Parlament keine Bedeutung haben.

Beim Vorliegenden Antrag wünscht man sich doch, dass es nicht nötig ist, jedes Jahr erneut zu beschließen, dass es für Einzelpersonen und Gruppen mit antisemitischen Ansichten keine Gelder und keine Unterstützung aus der Studierendenschaft gibt.

Ausdrücklich raten wir zur Lektüre der Antragsbegründungen aus den vergangenen Jahren und hoffen, dass es in der Vorstellung und Debatte nicht nötig sein wird zu begründen, warum Antisemitismus und die Personen und Gruppen, die ihn verbreiten, abzulehnen und unter keinen Umständen zu finanzieren sind.

Mit freundlichem Gruß
Jacqueline Wefers, Simon Wefers, `bout food i guess Škulec und Frederic Barlag

Frederic Barlag (Die LISTE) bringt den Antrag ein. Ich wünsche mir ein klares Statement, dass wir keine antisemitischen Gruppen mit Geld unterstützen wollen.

Änderungsantrag der Juso-HSG
Streiche ab „Kurzbegründung des Antrags“ alles und ersetze durch:

Antisemitismus lässt sich nicht auf ein einzelnes politisches Spektrum begrenzen, sondern taucht in verschiedenen Formen in allen politischen und gesellschaftlichen Spektren auf. Eine dieser Formen ist der israelbezogene Antisemitismus, der sich mit Hilfe des 3D-Tests, entwickelt von Nathan Sharansky, erkennen lässt. Wird Kritik am Staat Israel in Form von Dämonisierung, Doppelstandards oder Delegitimierung geäußert, so handelt es sich nicht um „legitime“ Kritik, sondern um israelbezogenen Antisemitismus. Dieser äußert sich beispielsweise im Absprechen des Existenzrechts des einzigen jüdischen Staates.

Auch in Münster kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen, die klar im Spektrum des israelbezogenen Antisemitismus zu verorten sind. So wurde in der Vergangenheit beispielsweise eine Israelfahne vor der Synagoge verbrannt. Und auch vor universitären Kontexten macht der aggressive israelbezogene Antisemitismus keinen Halt: Unterstützer:innen der BDS-Bewegung sind nicht selten (prominente) Wissenschaftler:innen und die Boykottaufrufe der antisemitischen Bewegung adressieren dezidiert Wissenschaft und Forschung.

*Für ein Studierendenparlament, dass sich konsequent gegen jeden Antisemitismus und für einen sichereren Campus für Jüdinnen und Juden einsetzt, ist dieser Beschluss daher unerlässlich. Der Antrag knüpft an die erste Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz 2019 an, bei der der freie zusammenschluss von student*innenschaften, das Junge Forum der DIG, der AStA der Uni Darmstadt, der AStA der Uni Frankfurt, sowie die Juso-Hochschulgruppen, Campus Grün, die Liberalen Hochschulgruppen und der RCDS in einer gemeinsamen Resolution die Etablierung der Arbeitsdefinition Antisemitismus an deutschen Hochschulen und den entschiedenen Einsatz*

gegen alle Formen des Antisemitismus beschlossen. Diese Resolution wird von der Hochschulrektorenkonferenz unterstützt, welche die Arbeitsdefinition Antisemitismus „an allen Hochschulstandorten etabliert sehen [möchte]“. Die Resolution wurde im Oktober 2022 vom fzs, der JSUD, dem JuFo, den Juso-Hochschulgruppen, CampusGrün, den Liberalen Hochschulgruppen und dem RCDS durch die zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz erneut bestätigt und erweitert.

Maurice Schiller (Juso-HSG) bringt den Änderungsantrag vor.

Frederic Barlag (Die LISTE): Wir übernehmen den Änderungsantrag nicht. Nach unserem Verständnis ist es kein Änderungsantrag, da der Antragstext nicht geändert wird. Formal ist das kein Änderungsantrag. Eure Begründung ist toll und gehört ins Protokoll. Aber es ändert den Antrag nicht.

Madita Fester (Juso-HSG): Da steht ja „streiche“. Es wird ja etwas ergänzt.

Soenke Janssen (Präsident): Der Begründungstext wird nicht mit rumgeschickt.

Madita Fester (Juso-HSG): Deswegen soll das auch gestrichen werden, damit das in den Antrag inhaltlich mit eingeht. Als Teil des Beschlusses.

Frederic Barlag (Die LISTE): In diesem Fall habe ich den Änderungsantrag missverstanden. Ich halte die Motivation für hervorragend. Es ist nicht die Begründung, die die Liste für ihren Antrag gibt. Das sehe ich nicht als Änderungsantrag.

Juli Sommer (SL): Gegen beide Anträge: In der Umgangssprache wird immer BDS-Antrag gesagt. Er lässt viele Formen aus und bezieht sich nur auf Israel-bezogenen Antisemitismus.

Jonas Pape-Petrulat (RCDS): Der RCDS bekennt sich klar gegen jeden Antisemitismus.

Laura Höh (SL): Es geht immer um BDS, aber es geht nicht aus den Anträgen hervor, warum BDS antisemitisch sein soll. Ich würde mir da eine schriftliche Begründung wünschen.

Madita Fester (Juso-HSG): Es richtet sich gezielt gegen den Staat Israel. Es gibt auch keine Saudi-Arabien-Kritik oder an China.

Frederic Barlag (Die LISTE): Der Schwerpunkt des Antrags ist Israel-bezogener Antisemitismus, das ist richtig. Falls die Sozialistische Liste einen besseren Antrag hat, bin ich gerne bereit das zu diskutieren.

Juli Sommer (SL): Zu Madita: Die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika ist so ein Beispiel. Wenn einzelne Jüdinnen und Juden mit Israel gleichgesetzt werden […]

Laura Höh (SL): Boykotte finden selten aus der Bevölkerung heraus statt, häufig aber von Staaten. Man hat sich überhaupt nicht mit BDS auseinandergesetzt und arbeitet sich hier immer noch daran ab. Es gibt diese Menschenrechtsverletzungen und ähnliche Bewegungen. Es ist weit hergeholt, das als so was Seltenes abzustempeln. Was ist denn eurer Meinung nach

überhaupt die Ursache von Antisemitismus? Inwiefern ist der Antrag ein Mittel, um sich dem Problem zuzuwenden?

Chris Margraf (CG): Sagst du, das ist gerade genauso rassistisch und autoritär wie in Südafrika?

Juli Sommer (SL): Israel hat keine feste Ideologie, aber die Voraussetzungen des Verbrechens der Apartheid sind erfüllt.

Frederic Barlag (Die LISTE): Zu Laura: Das ist ein Finanzantrag, keine Ursachenbekämpfung.

Madita Fester (Juso-HSG): Natürlich stellen wir uns in besonderer Weise an die Seite Israels als einzigen Schutzraum für Juden und Jüdinnen.

Laura Höh (SL): Zur Apartheid: Der Begriff wird nicht nur im Kontext mit Südafrika verwendet, sondern auch in Bezug auf viele andere Länder. Im Westjordanland stehen Israelis bspw. unter Zivilrecht und Palästinenser unter Militärrecht.

Niklas: Kritik am Staat Israel ist sicherlich auch legitim. Aber ihr bringt BDS mit der Widerstandsbewegung in Südafrika zusammen. Es geht ja um die Strategien der Bewegung.

Madita Fester (Juso-HSG): Es ist auch legitim, an der Regierung Kritik zu üben. Hier geht es aber darum, Antisemiten kein Geld zu geben.

Juli Sommer (SL): Das ist total falsch. Beispiel ist nur die BDS-Bewegung.

Finn Hölter (RCDS): Vielleicht seid ihr da einfach überstimmt.

Juli Sommer (RCDS): Wenn ein Antrag durchgeht, der sich hauptsächlich auf die BDS-Bewegung bezieht, heißt das auch, dass der zivile Widerstand für Studis in Münster eingeschränkt wird. Der Widerstand strebt einen friedlichen Boykott an. Das ist Kriminalisierung von zivilem Widerstand.

Frederic Barlag (Die LISTE): Ich hoffe, dass das Finanzreferat auch bei anderen Gruppen darauf achtet, dass sie ggf. kein Geld bekommen. Ziviler Widerstand wird nicht eingeschränkt. Ich übe den auch aus, ohne dafür Geld zu bekommen. Es geht um die Vergabe von Geldern, nicht um mehr.

Laura Höh (SL): Was ist eurer Meinung nach die Bevölkerung Israels? Was gehört denn zum Staatsgebiet? Wie begründet ihr die Verteidigung außerhalb israelischen Staatsgebiets?

Moritz Flottmann (AStA-Fachschaftenreferat): Ich würde die historische Diskussion gerne nach der Sitzung führen. Das ist nicht relevant für die Vergabe für Gelder.

Laura Höh (SL): Natürlich ist das relevant. Das ist ja eure Begründung dafür, dass BDS antisemitisch sein soll. Widerstand gegen die Vertreibung und Aufruf zu Boykott ist doch eurer Ansicht nach antisemitisch und das sei Verteidigung Israels und der israelischen Bevölkerung.

Chris Margraf (CG): Es werden Grenzen überschritten, wenn man Terrorismus in Israel unterstützt, wenn der Kulturaustausch boykottiert wird.

Madita Fester (Juso-HSG): Niemand wirft dir gerade vor, dass du antisemitisch seist, weil du Israel kritisierst. Aber das geht nun mal ganz schnell. Wenn kultureller, gesellschaftlicher Austausch boykottiert wird, ist das ein Problem.

GO-Antrag auf eine Fraktionspause von Maret Speemann für die Fraktion von CampusGrün.

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.

Formale Gegenrede von Frederic Barlag (Die LISTE)

Abstimmungsgegenstand: GO-Antrag auf Schließung der Redeliste
Abstimmungsergebnis: (12/10/4) – Damit ist der GO-Antrag angenommen.

Juli Sommer (SL): Teil des Antrags ist es, Gelder zu entziehen, wenn sich eine Gruppe antisemitisch äußert. Das stimmt nicht. BDS wird per se Rederecht vorenthalten. Ich rate, gegen den Antrag zu stimmen.

Laura Höh (SL): „Kauft nicht bei Israel“ ist etwas ganz anderes, als „Kauft nicht bei Juden.“ Es geht klar darum, friedlich und gewaltfrei zu protestieren, ohne Tote und Terror. Zu Madita, dass es problematisch sei, Jüd:innen auszuschließen: Aktuell passiert genau das gegen Palästinenser. Es gibt keinen Unterricht in der Muttersprache Arabisch. Auch hier in Münster werden sie ausgeschlossen, weil nicht über sie berichtet wird. Der SDS hat Vorträge nicht bezahlt bekommen. Zum Punkt Divestment: Das ist eine politische Protestform, die auch vom AStA der Uni Münster praktiziert wird.

Soenke Janssen (Präsident) schließt die Sitzung um 21:30 Uhr, da die Räume durch den Hausmeister geschlossen werden müssen.